

Der Deutsche Bahn-Konzern gibt die S-Bahn dem Verfall preis

Von Peter Polke, BR der Berliner S-Bahn und VP der EVG

In den letzten Nummern hat diese Zeitschrift wiederholt über den Kampf der Kollegen für die Wiederherstellung der S-Bahn berichtet.

Sie erarbeiteten ein Sofortprogramm, um die sofortige Funktionsfähigkeit der S-Bahn zu sichern. Sie fordern die Einsetzung eines Kontrollausschusses, der die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen überwacht und sich aus Vertretern der Verkehrsausschüsse der Länder Berlin und Brandenburg, sowie des Bundes, der Gewerkschaften, des Betriebsrates und Technikern und Kollegen bei der S-Bahn zusammensetzt.

Für die Belegschaftsversammlung am 28.2., zu der Bahnchef Grube angekündigt war, haben wir, der Betriebsrat und engagierte Kollegen mobilisiert, um unseren Forderungen Ausdruck zu verleihen.

Auf der Belegschaftsversammlung hat Grube ausführlich dargestellt, was die Bahn AG alles für die Wiedererrichtung der Berliner S-Bahn tun würde. Das vorgelegte Sofortprogramm bezeichnete er als richtig und machbar. Ausdrücklich betonte er vor den anwesenden Beschäftigten, Geld spiele keine Rolle, die Bahn wird investieren. Im Gegensatz zum S-Bahn Chef Buchner hat Grube den vorgeschlagenen Kontrollausschuss begrüßt. „Wir haben nichts zu verbergen und legen alles offen“. Hehre Worte für die betroffenen Kollegen, die unter den augenblicklich unerträglichen Arbeitsbedingungen leiden.

Doch was die Praxis angeht, sieht es anders aus. Von einer planbaren vorausschauenden Instanthaltung ist beim Bahn-Konzern nicht die Rede. Das Zurückholen von Reparaturen in die eigenen Werkstätten ist nicht einmal geplant, schon gar nicht die dringend erforderliche Wiederbesetzung der Aufsichten auf den Bahnsteigen. ...

Grube hat ein entscheidendes Signal gegeben, das zeigt, wohin für diese Herren der Weg tatsächlich geht. Aus „kartellrechtlichen Bedenken“ lehnt er es ab, neue Züge zu kaufen. Im Januar hatte Bundesverkehrsminister Ramsauer die Bahn angewiesen, sofort den Kauf neuer Züge in Auftrag zu geben und nach langem hin und her hat die Bahn eingewilligt. Jetzt der Rückzieher. Begründung: Berlin wird ausschreiben müssen, das zeige das Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf, das die Nahverkehrsbetreiber in Deutschland dazu zwingt, ihre Strecken künftig vermehrt öffentlich

auszuschreiben. Dieses Urteil folgt zweifellos dem EU-Diktat, dass die Auslieferung der öffentlichen Daseinsvorsorge an den Wettbewerb verlangt. Doch der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muss nicht ausgeschreiben werden.

Die Bahn gehört als Betrieb der öffentlichen Daseinsvorsorge zu 100% in den Besitz der öffentlichen Hand, das ist die Forderung der Kollegen.

Die Berliner Verkehrssenatorin Junge Reyer (SPD) sieht sich darin bestärkt, entschieden die Ausschreibung weiter zu betreiben, während der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion überall verkündet, es wird nicht ausgeschreiben, so wie es die Mehrheit der Berliner Sozialdemokratie auf ihrem Parteitag beschlossen hat.

Im Namen der von dem Bahn-Konzern gewollten Ausschreibung wird der weitere Verfall der S-Bahn festgeschrieben.

Die politisch Verantwortlichen egal welcher Partei, die die Auslieferung des Öffentlichen Nahverkehrs an den Wettbewerb um jeden Preis erzwingen wollen und die Bahn AG spielen sich die Bälle zu, auf Kosten der BürgerInnen, auf Kosten der MitarbeiterInnen bei der Berliner S-Bahn und zu Lasten der Öffentlichen Daseinsvorsorge.

Die Gewerkschaft GDL schweigt, während die EVG sich nur zögerlich zu dem Sofortprogramm und nach und nach zum Kontrollausschuss bekannt hat

Ist es nicht die Verantwortung der EVG als Interessensorgan der Kollegen, die Initiative zu ergreifen und den gewerkschaftlichen Kampf für das Sofortprogramm und die Einsetzung des Kontrollausschusses zu organisieren?

Müssen wir, die Kollegen und Kolleginnen der S-Bahn, nicht die Initiative für eine Delegation zu den Verantwortlichen der EVG in Berlin vorbereiten, um endlich entsprechende notwendige Entscheidungen unserer Gewerkschaftsverantwortlichen zu erreichen?

Unter den Kollegen wird diskutiert, dass sie, bzw. der Betriebsrat die Initiative ergreifen müssen, damit endlich die Einrichtung des Kontrollausschusses durchgesetzt werden kann.

Es gibt keine andere Lösung.

Über diese Fragen müssen wir diskutieren.